



Wimmelpass: Finde diese Gegenstände auf der folgenden Doppelseite!

VOLKSSCHULE

Ein System am Anschlag

Seit Jahren setzen etliche Kantone auf Integrationsklassen. In Basel-Stadt verlangt nun eine Initiative die Rückkehr zu Kleinklassen. Ist der Traum vom Klassenzimmer, das allen Platz bietet, geplatzt?

VON RENATO BECK (TEXT) UND SAMUEL SCHUHMACHER (ILLUSTRATIONEN)

Die Jugend wird immer verdorbener und disziplinloser, sie tyrannisiert die Lehrer:innenschaft wie nie zuvor. Derartige Klagen finden sich auf sumerischen Tontafeln und in Platons sokratischen Aufzeichnungen. Heute sind sie zu hören, wenn Wirtschaftsverbände über faule, fachlich ungenügende Lehrlinge jammern – oder Lehrer:innen die Zustände im Klassenzimmer beanstanden. Bloss: Wenn es in der Antike schon kaum mehr auszuhalten war und seither immer schlimmer wurde, wo stehen wir dann heute?

Im Kanton Basel-Stadt hat der Berufsverband der Lehrer:innen, die Freiwillige Schulsynode, vor einem Jahr ihre Mitglieder gefragt, was Entlastung brächte. Kleinere Klassen wurden zuvorderst genannt – heute dürfen je nach Leistungsniveau maximal 25 Schüler:innen in einer Klasse sein. Gleich danach: die Wiedereinführung von Kleinklassen, in denen man Verhaltensauffällige, Lernschwache und notorische Störenfriede unterbringen kann. Es kann so nicht weitergehen, darüber ist sich die Mehrheit der Basler Lehrer:innen einig. «Die Gesellschaft hat sich verändert. Immer mehr Kinder haben weniger Frustrationstoleranz, Impulskontrolle und Durchhaltewillen, wenn sie in die Schule kommen», sagt Marianne Schwegler, Heilpädagogin und Geschäftsleitungsmitglied der Basler Schulsynode.

Einige Monate nach der Umfrage lancierten aktive und ehemalige Lehrer:innen in Basel eine Volksinitiative, die kräftig an bildungspolitischen Gewissheiten rüttelt. Die Initiative fordert sogenannte Förderklassen, tatsächlich aber: eine Rückkehr zur Kleinklasse, die in vielen Kantonen vom integrativen Unterricht abgelöst wurde. In Basel gibt es seit zehn Jahren keine Kleinklassen mehr. Kinder, die früher ausgesondert wurden, bleiben nun in der Regelklasse. Damit der Unterricht gelingt, werden die Klassenlehrer:innen von Heilpädagoginnen, Psychomotorikern oder fachlichen Assistent:innen unterstützt. Doch Schwegler, die mit der Lehrer:innenvereinigung die Initiative unterstützt, sagt: «Die Heterogenität ist riesig. Es hat so viele verschiedene Kinder, die man irgendwie mitnehmen muss, dass wir dem als Lehrpersonen immer öfter nicht mehr gerecht werden können.» Verhaltensauffälligkeiten und Lernschwächen würden sich im heutigen System teilweise noch verstärken.

«Romantik statt Praxiserfahrung»

Ein jahrzehntelanger, von internationalen Übereinkünften verlangter Prozess, der allen Kindern eine Chance auf angemessene Bildung und Berufsaussichten geben will,

scheint an den Realitäten zu scheitern. «Romantik statt Praxiserfahrung», konstatiert der ehemalige Basler SP-Präsident, Kleinklassenlehrer und Mitinitiant Roland Stark mit Blick auf die integrative Schule. Zur Disposition steht diese auch in Nidwalden, wo vor allem die SVP dagegen Stimmung macht. Ist der Traum vom Klassenzimmer, das allen Platz bietet, geplatzt?

Wer eine Antwort darauf sucht, landet irgendwann im Büro von Dennis Hövel an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Hövel arbeitete früher als schulischer Heilpädagoge, heute ist er Professor. Sein Spezialgebiet: Entwicklungsförderung im Bereich Verhalten. Er kennt die vielen Studien zu integrativen und separativen Bildungssystemen. Erste Frage: Gibt es tatsächlich eine gesellschaftliche Tendenz – immer mehr Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, die das System an den Anschlag bringen?

Hövel sagt, der Befund sei eindeutig: «Die Zahl ist in den letzten sechzig Jahren immer gleich geblieben.» Rund ein Fünftel aller Kinder hätten erhöhten Förderbedarf – bis zur Coronapandemie. In deren Verlauf, so Hövel, sei der Anteil derer, die besondere Betreuung bräuchten, auf dreissig Prozent gestiegen. Wobei der Bedarf nur selten erkannt



wird: Derzeit erhalten in der Schweiz nur rund fünf Prozent der Schüler:innen sonderpädagogische Fördermassnahmen. Derselbe Effekt lässt sich in Basel-Stadt beobachten, wo die Zahl der Abklärungen, die es dafür braucht, in den letzten beiden Jahren um etwa ein Drittel zugenommen hat. Ist die Sehnsucht nach Kleinklassen ein Coronaeffekt?

Hövel ist sich sicher, dass Kleinklassen die grundfalsche Antwort auf den Stress im Klassenzimmer wären: «Wenn ich Kinder in die Kleinklasse abschiebe, nehme ich ihnen den wichtigsten Treiber für eine gesunde, positive Entwicklung, nämlich den Kontakt mit nicht belasteten Kindern und Jugendlichen.» Wenn die Initiant:innen argumentieren, in Förderklassen könne besser auf Kinder mit Problemen eingegangen werden, entgegnet Hövel: «Den Verlust dieser Kontakte kann kein Experte wettmachen.»

«Extreme Stigmatisierung»

Verstärkt wird der soziale Ausschluss durch die Stigmatisierung, die eine Karriere in der Kleinklasse bedeutet. «Einmal drin, immer drin», sagt Pierre Felder, Basler Volksschulleiter im Ruhestand. Felder hat die Basler Schule über Jahrzehnte geprägt und auch den Übergang zur integrativen Schule vorangetrieben, die Separation, wo nötig, aber zugelassen. Er spricht von einer «extremen Stigmatisierung», die eine Karriere in der Kleinklasse mit sich bringe. Eine Integration ins Berufsleben sei danach sehr schwierig (vgl. «Für alle» heisst: nicht für Laurin).

An eine Durchlässigkeit des Systems, wie es die Basler Initiative vorsieht, wo ein Kind nur befristet in der Kleinklasse wäre und dann wieder in den Regelunterricht zurückkehrte, glaubt Felder nicht. «Dieses System ist schwer steuerbar und tendiert dazu, fortlaufend zu wachsen.» Die Zahl der ausgesonderten Kinder wuchs

in Basel-Stadt bis zum Wechsel ins integrative System stetig, bis sie den Höchststand von über elf Prozent erreicht hatte – drei Mal so hoch wie heute.

Abgeschoben wurden früher überproportional oft Kinder ohne Schweizer Pass. Die Kleinklasse war ein Sammelbecken für Kinder, die den reibungslosen Unterricht störten. Um ein Kind loszuwerden, brauchte es keine Abklärungen, keine anfechtbare Verfügung, sondern bloss das Einverständnis der Eltern. «Dieses war bei Schweizer Eltern oft nicht leicht zu erhalten, ausländische Eltern dagegen konnten sich dem Druck schlechter widersetzen», sagt Felder.

Druck spürt auch Urs Bucher, Leiter der Basler Volksschule. Aufgrund der nötigen Abklärungen dauert es sehr lange, bis Kinder, die als schwer integrierbar gelten, in die noch bestehenden Spezialangebote wechseln können. Und die Unzufriedenheit vieler Lehrer:innen damit ist gross. Man müsse das ernst nehmen, sagt Bucher, er verspricht «Verbesserungen im System». Doch eine Rückkehr zur Kleinklasse lehnt er ab. Stattdessen rät er zu einer Rückbesinnung im Bildungswesen, auf das, was er «unsere Daseinsberechtigung» nennt: «Das Kind steht im Zentrum aller unserer Tätigkeiten – nicht die Lehrpersonen.»

Und doch kommt den Lehrer:innen eine zentrale Rolle zu. Zurück zu Dennis Hövel an der Hochschule für Heilpädagogik. Hövel glaubt, dass die Lehrer:innen der Schlüssel zum Erfolg sind. Oder vielmehr: den Schlüssel dazu in den Händen tragen. Heutige Lehrer:innen seien durchaus fähig, mit unterschiedlichsten Leistungsniveaus umzugehen – an den Anschlag bringt sie die Heterogenität

im Verhalten. «Dabei gibt es bewährte Konzepte, um Stresssituationen für Kinder und Lehrkräfte zu vermeiden.»

Hövels Botschaft: Der Umgang mit Auffälligkeiten ist genauso gut beherrschbar wie jener mit Leseschwäche. Doch dieses Verständnis fehle mitunter an Schulen. Wer nicht verstehe, was im Klassenzimmer passiere, verschlimmere schwierige Situationen oft, statt sie zu entschärfen. Aggressionen etwa seien fast immer auf Ängste zurückzuführen. Sanktionen helfen also selten weiter. Woher kommen die Ängste, wie kann man ihnen begegnen? Heute wüssten oft nur Heilpädagoginnen und Schulpsychologen darüber Bescheid. Doch diese würden an vielen Schulen falsch eingesetzt: für die Eins-zu-eins-Betreuung statt den Unterricht vor der ganzen Klasse.

Hövel fordert einen Perspektivenwechsel. Heute wird integrative Schule als ein unbelastetes System verstanden, in das belastete Kinder integriert werden. «Doch alle Kinder sind irgendwo belastet», sagt Hövel. Studien seien da eindeutig: Würden Lehrer:innen eng mit Heilpädagog:innen gleichermassen an sozialen Kompetenzen wie an den akademischen Leistungen arbeiten, gäbe es auf allen Ebenen Verbesserungen.

Nicht isolieren, sondern integrieren

An einem ganz anderen Ort, bei der Basler Polizei, hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Abteilung Gewaltprävention bietet Hilfsangebote für Schulen an. Sie sind besonders beliebt bei gestressten Lehrer:innen, denn sie gelten als wirksam. Für grenz-

Ist die Sehnsucht nach Kleinklassen auch ein Effekt der Coronapandemie?



verletzende oder gewalttätige Kinder gibt es etwa ein zwölfwöchiges Konflikttraining. Am stärksten nachgefragt ist ein Programm namens Klassenintervention. Psycholog:innen der Polizei rücken aus, wenn Lehrer:innen Alarm schlagen. Auslöser sind Gruppendynamiken, die ein vernünftiges Unterrichten verunmöglichen, oder Konstellationen, in denen einzelne Kinder unter die Räder kommen. Leonie Meyer, Leiterin des Ressorts, sagt, sie würden immer mit der gesamten Klasse arbeiten – auch wenn das Problem vermeintlich bei einigen wenigen liege: «Das grosse Veränderungspotenzial liegt bei den Zuschauer:innen. Sie haben die Macht in der Klasse, denn sie sind die grösste Masse.» Meyer verteilt dann rote und grüne Karten an alle Schüler:innen, und diese schreiben darauf Dinge, die ihnen am Umgang untereinander gefallen oder nicht gefallen. Über mehrere Monate arbeiten sie dann gemeinsam daran, die roten Karten abzubauen. «Je früher wir herbeigezogen werden, desto erfolgreicher sind wir», sagt Meyer.

Verhaltensauffällige nicht isolieren, sondern integrieren; mit allen arbeiten statt mit wenigen; Konflikte frühzeitig erkennen und bearbeiten: Die Ansätze der Präventionspolizei unterscheiden sich nicht von Ansätzen, mit denen integrative Schule gelingt. Und doch wünschen sich gestresste Lehrer:innen ein Stück Vergangenheit zurück. Sie beklagen, Basel-Stadt habe es mit seiner konsequenten Umsetzung der Integration zu weit getrieben. Dabei ist Basel, wie die übrige Schweiz, bestenfalls auf halbem Weg stehen geblieben, wenn es um gleichwertige Bildung für alle geht. Der nächste Schritt dorthin lautet: inklusive Schule. In Italien werden 99 Prozent aller Schüler:innen gemeinsam unterrichtet – seit 1977. Trotz deutlich geringerer Ressourcen und vieler fehlender Fachkräfte: Die Inklusion ist unantastbar.

ENDSTATION PSYCHIATRIE?

«Für alle» heisst: nicht für Laurin

Die integrative Schule möchte eine «Schule für alle» sein. Für manche Kinder gibt es dennoch keinen Platz. Viel zu schnell rutschen sie in eine Abwärtsspirale.

VON VALERIE ZASLAWSKI

Bereits von den Kindergärtner:innen hat Matilde Müller* täglich gesagt bekommen, was ihr Sohn wieder angestellt habe. Laurin* würde sich einfach so verstecken oder das Gelände verlassen, statt mitzumachen, er sabotiere Gruppenarbeiten und spiele immer nur, was und wie er gerade wolle. Laurin, erzählt seine Mutter heute, habe sich innert kurzem von einem fröhlichen Kind in ein unberechenbares verwandelt. «Manchmal erkannte ich ihn kaum wieder.» Morgens hatte sie grosse Mühe, ihn für den Kindergarten zu motivieren.

Als sich das erste Jahr dem Ende zuneigt, erklärt die Kindergartenleitung den Eltern, sie könne ihre Aufsichtspflicht nicht mehr erfüllen. Ihnen wird nahegelegt, Laurins Situation in einer psychiatrischen Tagesstruktur abzuklären. «Ich bekam das Gefühl vermittelt, eine schlechte Mutter zu sein, wenn ich nicht mache, was sie mir sagen.» Die Eltern entscheiden sich dennoch gegen diesen Vorschlag. Dem Abklärungsdruck indes kommen sie nach und lassen Laurin extern bei einer «Koryphäe» abklären, wie Müller sagt. Abgeklärt werden neben dem Intelligenzquotienten auch ADHS und das Autismusspektrum. Eine eindeutige Diagnose wird nicht gestellt. Der Psychiater befindet, Laurin brauche keine Therapie, vielmehr müsse sein Umfeld geschult werden. Für Kinder wie Laurin, deren kognitive Fähigkeiten stark ausgeprägt sind, sind grosse Klassen problematisch, da sie dort zu vielen Reizen ausgesetzt sind.

Nur an Defiziten orientiert

Im zweiten Kindergartenjahr besucht Laurin ein Spezialangebot mit nur wenigen Kindern. Der Psychiater schulte zudem das Umfeld im Sonderkindergarten. «Das war ein heilsames Jahr», sagt Matilde Müller. Laurin lebte wieder auf – und so gaben die Eltern auch dem Spezialangebot der Primarschule eine Chance. Optimal sei das Angebot nicht gewesen, sagt Müller – aber für eine Privatschule fehlte der Familie das Geld.

Den Eltern wird nahegelegt, auch im Spezialangebot der Primarschule mit den Lehrpersonen so gut wie möglich in Kontakt zu bleiben. Doch Laurin findet sich nicht zurecht. Die Stimmung in der Klasse ist laut und aggressiv, auch haben seine acht Mitschüler unterschiedlichste Leistungsniveaus. Schulisch unterfordert, fühlt sich Laurin an dieser Schule überfordert. Der Fokus liegt auf seinem Verhalten, ständig geht es darum, was er besser machen könnte. «Defizitorientiert», sagt Müller. War Laurin vor Beginn der Primarschule noch ein offenes Kind, erlebt ihn Müller jetzt nach der Schule oft wütend oder verschlossen: «Ich habe am Morgen ein Kind zur Schule gebracht und am Abend ein anderes abgeholt.» Von der Schulseite her wird die Familie zu erneuten Abklärungen gedrängt, mit dem Ziel einer heilpädagogischen Unterstützung. Erneut fällt die Diagnose uneindeutig aus.

Das ist der Moment, als Müller zu realisieren beginnt, dass das grosse Versprechen der «Schule für alle» ein leeres ist. «Für alle» heisst: nicht für Laurin.

Wenig Alternativen

In Basel-Stadt wird die «Schule für alle» seit rund zehn Jahren praktiziert. Das integrative Konzept der Volksschule sieht vor, dass prinzipiell alle Kinder die Regelklasse besuchen sollen – dank individuell abgestimmter Fördermassnahmen. Nun aber, da in manchen Klassen bereits jedes zweite Kind heilpädagogische Unterstützung braucht, hat im Januar ein Komitee aus dem Schulbereich eine Initiative lanciert, die neben Integrations- auch wieder Förderklassen einführen möchte (vgl. Haupttext). Für Schüler:innen wie Laurin jedoch ist selbst die breite integrative Schule zu eng gefasst. Erscheint eine integrative Beschulung nicht mehr möglich, kommen laut dem Basler Erziehungsdepartement die erwähnten Spezialangebote zum Zug. So werden aktuell 342 Schüler:innen separativ oder in einer nicht-staatlichen Sonderschule unterrichtet. Hinzu kommen Kinder, die ein Schulheim besuchen. Für all diese Kinder gibt es wenig Alternativen.

Manche von ihnen geraten in eine Abwärtsspirale – die sich im Fall von Laurin immer schneller zu drehen begann: Nach drei Jahren Sonderprimarschule wechseln Schulleitung, Klassenlehrerin und Klassenzusammensetzung. Die Eltern weisen die Schule darauf hin, dass das für Laurin schwierig sein könnte.

Und dann der grosse Schock: Nur fünf Wochen nach Beginn des neuen Schuljahrs teilt man den Eltern mit, dass Laurin nicht mehr beschulbar sei. Nicht nur die Eltern, auch die Lehrpersonen wirken überfordert. Im Wissen um die begrenzten Möglichkeiten des schulischen Apparats empfehlen sie eine ausser-schulische Förderung.

Die Familie zieht die Notbremse und lässt Laurin krank-schreiben. In den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) erfolgt eine erneute Abklärung. Insbesondere suchen die Eltern dort nach einer angemessenen Beschulungsform. Endstation Psychiatrie – mit neun Jahren? «Ich könnte kotzen», sagt Müller. Das Konzept der «Schule für alle» sei zwar «lobenswert», deren Umsetzung jedoch «eine Katastrophe». Ihrem Wunsch, konkrete Vorschläge für geeignete Privatschulen zu erhalten, sei man in der UPK nicht nachgekommen.

Aufgrund ihrer offenen Lernkonzepte könnten Privatschulen eine Alternative zur Volksschule darstellen. Im heutigen System jedoch werden sie laut dem Basler Erziehungsdepartement nur noch in Ausnahmefällen bezahlt, wenn kein eigenes bedarfsgerechtes Angebot verfügbar ist. Von über 16 000 Volksschüler:innen gehen derzeit nur 14 auf eine vom Kanton finanzierte Privatschule. Nur wenige Eltern können sich das aus eigenen

Mitteln leisten. Die Lösung, die für Laurin in der UPK auf dem Tisch liegt, sieht denn auch vor, dass er in die Schule zurückkehrt, aus der er gerade erst rausgefliegen ist – oder in ein Schulheim kommt. Beides kommt für die Eltern nicht infrage. Hilflosigkeit macht sich breit. Gleichzeitig setzen die Abklärungen Laurin zu. In der UPK kann er nachts nicht mehr schlafen.

Flucht ins Ausland

Die Mutter entscheidet sich für einen radikalen Schritt: Sie wandert gemeinsam mit ihrem Sohn aus und entzieht sich damit der hiesigen Schulpflicht. Sie atmet durch und findet neue Perspektiven für Laurin, für sich. Müller spricht von «Heilung», die notwendig sei, bevor ihr Sohn einen Neuanfang wagen könne. Laurin selbst sagt, dass es ihm wieder gut gehe, seit er Schule und Abklärungen hinter sich habe. Die Geschichte hat ein Happy End, weil Müller den Mut hatte, auf ihr Bauchgefühl zu hören und den Jungen vorerst aus der Schule zu nehmen. «Ich hätte früher handeln sollen», sagt sie heute. Im Rückblick hätte sie jeden zusätzlichen Job angenommen, um das Geld für eine Privatschule aufzutreiben.

Seit Februar besucht Laurin eine ausländische und dadurch wesentlich günstigere Privatschule. Und plötzlich scheint alles einfach: Den Schüler:innen wird auf Augenhöhe begegnet, sie werden gefördert, wo sie stark sind – und bekommen mehr Zeit, wo sie sie brauchen. Laurin, so Müller, erzähle nun täglich motiviert, welchen neuen Stoff er gelernt habe.

Davon jedoch, dass Privatschulen mit ihren alternativen Konzepten etwas leisten, was Regelschulen nicht leisten (können), sind nicht alle überzeugt. Irène Fontanilles etwa berichtet, dass in ihrer langjährigen Karriere als Leiterin der Klinikschulen an der UPK noch nie keine Lösung für ein sogenannt schwer integrierbares Kind gefunden worden sei: «Ziel der Abklärung ist es, herauszufinden, warum manche Kinder sich so verhalten, dass der Verdacht entsteht, sie seien schulisches nicht integrierbar.» Die UPK sei «keine End-, sondern eine Zwischenstation», immer mit dem Ziel einer Reintegration. In ihrer Erfahrung sei «die Schule nicht der Ursprung der Krise oder gar der Erkrankung des Kindes, diese mag sich im schulischen Umfeld jedoch zeigen».

Matilde Müller bringen solche «aalglatten Aussagen» auf die Palme: Ihr Erleben als berufstätige Mutter, die jahrelang dafür kämpfte, dass ihr Sohn die ihm zustehende Bildung in einem entsprechenden Rahmen erhält, deckt sich nicht mit diesen Aussagen. Laurins Verhaltensauffälligkeiten, worauf die Schule den Fokus hauptsächlich gerichtet habe, hätten sich eher an der Schule manifestiert. Lehrpersonen hätten ihr bestätigt, dass Laurin auf eine kleine Klassengrösse angewiesen und im staatlichen Spezialangebot schulisch unterfordert sei. Müllers Fazit: «Die Schule konnte in seinem Fall den Lehrauftrag nicht erfüllen.»

* Namen von der Redaktion geändert.

Die Texte zu diesem Schwerpunkt entstanden in Zusammenarbeit mit dem Basler Onlinemedium «Bajour».